



Innenministerin Liese Prokop und Teilnehmer der internationalen Konferenz zur inneren Sicherheit.

Impulse für die Zukunft

Das Bundesministerium für Inneres hat während der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs im ersten Halbjahr 2006 in sechs Schwerpunktfeldern konkrete Ergebnisse für die Sicherheit in Österreich und der Europäischen Union erreicht.

Bei der Umsetzung der neuen EU-Außenstrategie in der inneren Sicherheit wurde mit dem Aufbau eines „Sicherheitsgürtels“ um die EU begonnen. Die Grundlage bildet die „Partnerschaft für die Sicherheit“ zwischen der EU und interessierten Drittstaaten – ein Konzept, das auf einer österreichischen Idee basiert. Es wurde bei der Ministerkonferenz am 4. und 5. Mai 2006 in der Wiener Hofburg erarbeitet und in der „Wiener Erklärung“ festgeschrieben. Neben den EU-Mitgliedern, den Beitrittsländern und Beitrittskandidaten, wirkten die Länder des Westbalkans und der „Neuen Nachbarschaft“ im Osten und Süden der Union mit, sowie die Russische Föderation und die USA. Darauf aufbauend wurde eine erste „Partnerschaft für

die Sicherheit“ zwischen der EU und den Westbalkanstaaten gegründet: Die Union beschloss unter österreichischem Vorsitz ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Korruption, der illegalen Migration und der Gefahr des Terrorismus im südöstlichen Umfeld Österreichs. Gleichzeitig wurde ein Maßnahmenpaket gegen den Drogenschmuggel aus Afghanistan angenommen, der zumeist über die Balkan-Route in die EU und nach Österreich erfolgt. Die „Polizeioperations-Konvention für Südosteuropa“ ergänzt den österreichischen Balkan-Schwerpunkt. Sie wurde am 4. Mai 2006 in Wien unterzeichnet und wird die polizeiliche Zusammenarbeit in der Region und mit den EU-Mitgliedstaaten erleichtern.

Globale Probleme wie der Terrorismus, die organisierte Kriminalität oder die illegale Migration erfordern globale Antworten. Der österreichische Ratsvorsitz hat daher mit der „Wiener Initiative“ erstmals einen Dialog der Innenminister der EU, Russlands und der USA zustande gebracht.

Im Kampf gegen die organisierte Kriminalität und die Korruption wurden konkrete Ergebnisse erzielt. So wurde der Startschuss für eine Neustrukturierung und Stärkung der Euro-pol gesetzt und ein „Optionenbericht“ erarbeitet. Im Kampf gegen den Kinderhandel wurde ein Handbuch mit verbesserten Befragungsmethoden erstellt. Aufgrund einer EU-Kriminalitätsanalyse (Organised



Gipfeltreffen: Europäische Union, Russland, USA im Rahmen der österreichischen Ratspräsidentschaft.

Crime Threat Assessment – OCTA), hat der Rat erstmals Prioritäten für die Bekämpfung der Kriminalität in Europa definiert.

Zur Abschöpfung von Vermögen aus kriminellen Einkünften wurde ein Netzwerk nationaler Kontaktstellen geschaffen. Zudem hat Österreich mit dem Aufbau eines Netzwerks gegen die Korruption begonnen.

Im Kampf gegen den Terrorismus wurde der europäische Aktionsplan (CTAP) überarbeitet. Schwerpunkt sind eine Reihe von Beiträgen gegen die Radikalisierung und die Anwerbung für den Terrorismus. Ein Kernelement war dabei die große internationale Konferenz zum „Dialog der Kulturen und Religionen“ am 19. Mai 2006 in Wien. Am 10. Mai 2006 fand die erste hochrangige politische Diskussion zwischen dem Rat, der EU-Kommission und dem Europäischen Parlament statt, mit dem Ziel, die Kooperation der EU-Institutionen bei der Bekämpfung des Terrorismus zu verbessern.

In den Bereichen Asyl, Migration und Grenzmanagement wurden Impul-

se für eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der EU und mit Drittstaaten gesetzt. So wurden gemeinsame Rückführungen illegal Aufhältiger auf dem Luftweg beschlossen und bereits in die Praxis umgesetzt. Um Hilfesuchenden möglichst rasch und nahe ihrer Heimat Schutz zu bieten, wurden Pilotprogramme in der Ukraine, in Moldawien, Belarus und in der Sub-Sahara vorbereitet. EU-Staaten, die einem besonderen Einwanderungsdruck ausgesetzt sind, werden in Hinkunft EU-Unterstützung erhalten. Zur weiteren Harmonisierung der Asylverfahren soll ein EU-Informationssystem über die Situation in Herkunftsländern von Migration aufgebaut werden. Zudem müssen EU-Länder ihre Partner künftig informieren, bevor sie Maßnahmen setzen, die Auswirkungen für andere Mitgliedstaaten haben könnten. Die Schaffung gemeinsamer Visaantragsstellen und des neuen *Visa-Informationssystem* (VIS) wurden vorbereitet.

Die Verhandlungen über Rückübernahme- und Visaerleichterungsabkommen wurden mit Russland abgeschlossen und für die Westbalkanländer vorbereitet. Nahezu abgeschlossen wurden die Verhandlungen über den Europäi-

schen Flüchtlingsfonds, den Außengrenzschutz-, Rückkehr- und Integrationsfonds. Mit diesen Fonds werden Impulse für ein gemeinsames Asyl-, Migrations- und Grenzmanagement möglich.

Zur Vorbereitung der vollen Schengen-Inkraftsetzung in den neuen Mitgliedstaaten erfolgten zehn „Evaluierungsmissionen“ zur Qualitätssicherung der dortigen Grenzkontrollen, zur Visumpolitik und zur polizeilichen Zusammenarbeit. Zudem hat Österreich die Rechtsgrundlagen für die zweite Generation des *Schengener Informationssystem* (SIS II) vorbereitet. Damit wird die Einbeziehung der neuen EU-Mitglieder in das System der EU-Polizeikooperation ebenso ermöglicht, wie der Abbau der Grenzkontrollen zu diesen Staaten.

Im Krisen- und Katastrophenmanagement wurden die Grundlagen für ein rasches und koordiniertes EU-Vorgehen geschaffen und ein entsprechendes Handbuch erstellt. Außerdem hat die österreichische Präsidentschaft einen Impuls für eine bessere Kooperation zwischen der EU und der UNO gesetzt.